



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 14. Juli 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2021/209 und 2021/271

4239. 2021/209

Dringliche Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.05.2021: Aufhebung der Warteliste der Stiftung Alterswohnungen, Angaben zum bisherigen Vermietungssystem, zur Warteliste, zu den «Personen in Wohnnotlagen», zum Umgang mit Wohnungssuchenden auf der Warteliste und zur Bedarfsplanung der Stiftung sowie zur Fachstelle «Wohnen im Alter»

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 664 vom 30. Juni 2021).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/209 und 2021/271.

Marion Schmid (SP) nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2021/209 und begründet das Postulat GR Nr. 2021/271 (vergleiche Beschluss-Nr. 4086/2021): Der Vorstoss beinhaltet drei Forderungen. Erstens: Der Stadtrat soll zusammen mit der Stiftung Alterswohnungen (SAW) prüfen, wie die geplante Löschung der Warteliste per 1. Oktober 2021 sistiert werden kann, damit man für die davon betroffenen Personen eine bessere Lösung finden kann. Der Stadtrat hat mittlerweile bereits entschieden, die Löschung auf Mitte 2024 zu verschieben. Das ist sehr gut. Wichtig ist aber, was nun bis dann unternommen wird. Die zweite Forderung des Postulats: Auf die Einführung des neuen Vermietungsprozesses soll verzichtet werden. Statt des Prozesses mit der wiederkehrenden Online-Anmeldung und der Auswahl per Zufallsgenerator soll der Stadtrat einen angepassten Vermietungsprozess einführen, der auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse älterer Menschen Rücksicht nimmt. Dieser Punkt hat beim Stadtrat bisher kein Gehör gefunden. In der Interpellationsantwort betont er sogar, dass nur mit diesem System die Chancengleichheit gewährleistet sei. Es mag sein, dass die Chancengleichheit unter den vielen, gegenüber neuen Technologien aufgeschlossenen und damit eher jungen älteren Personen gewährleistet ist, aber bestimmt nicht die Chancengleichheit für hochaltrige Personen. Es ist geplant, dass die SAW bei diesem Prozess Unterstützung leisten soll, aber das ist am Ende des Tages nicht der Sinn der Sache. Das System ist nicht altersgerecht. Es bevorteilt innerhalb der Gruppe von alten Menschen genau jene, die sich am ehesten selber zu helfen wissen. Alle anderen müssen zuerst in eine Wohnnotlage kommen, bevor ihnen geholfen wird. Bereits heute werden bis zu einem Drittel der SAW-Wohnungen über diese sogenannte Dringlichkeitsliste vergeben. Ein Drittel ist keine Minderheit und die Tendenz ist steigend. Stand heute sind etwa 95 Prozent der Personen auf der Dringlichkeitsliste subventionsberechtigt. Die Realität ist: Von den Personen auf der Dringlichkeitsliste findet auf dem freien Wohnungsmarkt niemand eine Wohnung.



Das Postulat fordert, dass die Wohndelegation des Stadtrats prüfen soll, wie das Wohnungsangebot der SAW rasch erweitert werden kann. Das Kernproblem sind nicht Wartelisten oder Vermietungsprozesse. Diese Punkte sind lediglich die Spitze des Eisbergs. Das Problem ist, dass zu wenig Wohnungen für alte Personen in der Stadt vorhanden sind. In der Interpellationsantwort antwortet der Stadtrat offen: «Die Grundproblematik ist, dass die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen für ältere Personen das Angebot deutlich übersteigt.» Dieses Problem wird nicht gelöst, indem man die Warteliste abschafft. Das Problem ist auch nicht neu. Das erste Handlungsfeld in der Altersstrategie nennt sich «Wohnraum für das Alter» und die erste Massnahme lautet «Mehr städtische Alterswohnungen». In der Kommissionsberatung haben wir nachgefragt, was dieses Ziel in messbaren Zahlen bedeute. Die Verwaltung konnte uns darauf keine Antwort geben. Es gibt keine Bedarfsplanung und es gibt kein zahlenmässiges Ziel. Auch in der Interpellationsantwort hielt sich der Stadtrat diesbezüglich bedeckt. Der Stadtrat weiss zwar, dass es 80 000 Menschen in der Stadt gibt, die über 60 Jahre alt sind und dass sich diese Altersgruppe bis 2035 noch um 20 Prozent vergrössern wird. Er weiss auch, dass sich 4000 Menschen auf der Warteliste der SAW befinden. Pro Jahr werden rund 200 Wohnungen frei. Bei einer Warteliste geht es übrigens nicht um eine Liste, auf die sich die Leute mit 60 Jahren eintragen lassen, um dann mit 75 Jahren vielleicht irgendwann einmal umzuziehen. Auf der Liste sind Leute, die bereit sind, innerhalb eines Jahres umzuziehen. Nur 5 Prozent dieser Personen können dann tatsächlich in eine Wohnung der SAW ziehen. Es braucht keine punktgenaue Bedarfsplanung um zu wissen, dass es deutlich mehr Alterswohnungen braucht. Man müsste dieser Tatsache ins Auge sehen und das Thema priorisieren. Stattdessen schafft man einfach die Warteliste ab. Dadurch ist weniger sichtbar, dass die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigt. In der Wohndelegation wurde offenbar noch nie über dieses Problem gesprochen. Alte Menschen sind die Bevölkerungsgruppe, die im Wohnungsmarkt mit Abstand am meisten diskriminiert werden. Es sind Menschen, die oft ihr gesamtes Leben in unserer Stadt oder im gleichen Quartier der Stadt verbracht haben. Viele von ihnen, vor allem Frauen, müssen mit wenig Geld auskommen, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben. Viele haben nicht mehr die Kraft, sich Woche für Woche in ein digitales Roulette zu stürzen, um vielleicht irgendwann eine Alterswohnung ergattern zu können. Auf die Einführung des unsinnigen Roulette-Systems soll deshalb verzichtet werden. Es soll eine Lösung gefunden werden, die den Namen «altersgerecht» verdient hat. Vor allem aber muss es endlich mehr Wohnungen für alte Menschen geben.

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 7. Juli 2021 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2021/271: Wir beantragen die Ablehnung des Postulats. Wir haben die gleiche Analyse wie die SP gemacht, kommen aber zu einem anderen Resultat. Die SAW bietet insgesamt 2077 Wohnungen an, davon werden pro Jahr rund 200 Wohnungen frei. Bei diesen Wohnungen werden Personen bevorzugt, die aus Gründen eines Umbaus umgesiedelt werden müssen. Auf der Warteliste befinden sich 4000 Anwarter und Anwarterinnen. Die Wartezeit für Personen auf der Liste beträgt somit rechnerisch gesehen 20 Jahre. Wenn man heute 44 Jahre alt ist, müsste man sich somit umgehend auf der Liste einschreiben, wenn man eine gesicherte Alterswohnung



haben möchte, in der man dann nochmals rund 20 Jahre bis zum statistischen Lebensalter von 84 Jahren leben kann. Dies gilt, wenn man eine Frau ist. Männer müssten sich sogar noch früher bewerben, wenn sie später einmal in einer subventionierten Alterswohnung wohnen möchten. Es ist eine absurde Idee, wenn man mit 44 Jahren eine Entscheidung für die nächsten 40 Jahre des Lebens treffen muss, damit man im Alter günstig wohnen kann. Es ist absurd, dass diesen Personen versprochen wird, sie würden eine dieser Wohnungen ergattern. Mir sind Personen bekannt, die seit Jahren auf der Warteliste sind und keine Antwort erhalten haben. Es ist eine Politik, die Personen hinter Licht führt. Es ist tatsächlich so, dass der Stadtrat es kommunikativ besser hätte machen können, aber das neue Vorgehen ist richtig. Letztlich ist Ehrlichkeit wichtig. Die Warteliste ist nicht ehrlich. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn man damals die Motion von mir und Albert Leiser (FDP) unterstützt hätte. Wir hätten damals auch einer Erhöhung zugestimmt. Wir haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt weitsichtig erkannt, dass das Problem vorhanden ist und wollten eine Lösung herbeiführen. Damit hätten wir dringend nötige Wohnungen für ältere Menschen geschaffen und zwar dort, wo wir Einfluss hätten nehmen können, mitten in der Gesellschaft. Das hätte dazu geführt, dass wesentlich mehr Menschen eine Alterswohnung erhalten hätten. Man hätte einen ehrlichen Prozess in Gang gesetzt, um möglichst vielen Menschen eine Vorzugswohnung zu bieten, ohne dass diese ihr Leben 40 Jahre im Voraus planen müssen. Zudem hätten wir damit ältere Menschen in die Mitte unserer Gesellschaft geholt, anstatt in Siedlungen, wo nur alte Menschen wohnen. Die Kleinräumigkeit der Stadt und die Effizienz der Spitex ermöglichen dies nämlich sehr gut. Die SP und die AL haben unseren Vorstoss damals abgelehnt. Sie wollten nicht mehr Wohnungen schaffen. Sie wollten eine Liste weiterführen, bei der Menschen über den Tisch gezogen werden. Die FDP will Wohnraum schaffen, statt sinnlose Listen zu führen. Das Postulat sollte zurückgezogen und unser Vorstoss wieder hervorgeholt werden. Möglicherweise könnte ein anderer Absender unserem Vorstoss doch noch zum Erfolg verhelfen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Anken (SVP): *Am 4. Mai 2021 haben der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements und die Direktorin der SAW die mehreren Tausend Menschen der Warteliste per Brief informiert, dass die Liste am 1. Mai 2021 geschlossen und auf Anfang Oktober aufgehoben wird. Viele ältere Menschen haben teilweise während 10 Jahren oder länger auf eine Wohnung gewartet. Es war ihre einzige Hoffnung, überhaupt eine Wohnung zu erhalten, und dann kommt diese Botschaft. Das korrekte Verhalten der alten Menschen, dass sie sich auf die Warteliste haben setzen lassen und jahrelang gewartet haben, war plötzlich umsonst. Dieses Vorgehen ist ein unvorstellbares Meisterstück der Gefühllosigkeit. Für viele der alten Menschen war die Mitteilung ein Schock. Sie hat grosse Ängste ausgelöst. Ich habe mehrere solche Meldungen aus der Bevölkerung erhalten. Neu müssen sich alte Menschen über ein Vermietungsportal mit Zufallsgenerator für frei werdende Wohnungen bewerben. Ausgerechnet ältere Menschen, die oft immer noch Mühe mit elektronischen Geräten haben, müssen sich auf diesen Prozess einlassen. Die Idee der Digitalisierung ist nicht, dass der Mensch das Opfer davon*



sein soll. Sie soll dem Menschen helfen, das Leben zu erleichtern. Die grosse Verunsicherung in der Bevölkerung hat den Stiftungsrat inzwischen dazu bewogen, das Inkrafttreten des neuen Systems der Online-Vermietung um drei Jahre zu verschieben. Diese Einsicht ist zwar erfreulich, behält aber einen fahlen Nachgeschmack. Aus unserer Sicht sollte der Stiftungsrat mehr Gefühl haben für die alten Menschen. Wir haben nachgefragt, ob alle Leute auf der Warteliste einen Brief erhalten haben. Die Antwort lautete, alle auf der «Angemeldetenliste» hätten einen Brief erhalten. Die korrekte Antwort hätte gelautet, dass es insgesamt noch zwei weitere Listen gibt: Die «Registriertenliste» und die «Dringlichkeitsliste», und dass jene Personen nicht benachrichtigt wurden. Weiter stand in der Interpellationsantwort, dass Menschen ohne Internetzugang entsprechende Unterstützung angeboten worden wäre und «dies selbstverständlich auch bei einem Systemwechsel auf Oktober 2021». Aufgrund des bisherigen Vorgehens ist das nicht glaubwürdig. Fazit für die SVP: So darf man mit älteren Menschen, die oft ein Leben lang in der Stadt gewohnt und hier Steuern bezahlt haben, nicht umgehen. Das ist schäbig. Vor der heutigen Sitzung traf ich draussen auf eine resolute ältere Dame, die mir einen Zettel in die Hand drückte. Darauf standen Sätze oder Begriffe wie «Wir Alten wehren uns», «ungerechtes Lossystem», «inakzeptabel», «Menschen in Verzweiflung, Depression gestürzt», «Stadtrat Hauri will diesen Wechsel als transparent und als Verbesserung verkaufen. Das ist eine Lüge und Frechheit, die wir nicht fressen werden», oder «Rückkehr zu einer Warteliste». Sie haben recht. Sie müssen sich wehren. Nun noch zum Postulat: Es soll sicherstellen, dass ältere Menschen weiterhin ein adäquates System haben, wie sie sich bewerben können. Dies muss nicht unbedingt online stattfinden. Es soll ein sinnvolles System sein, über das sich alle alten Leute ohne Angst bewerben können. Weiter soll mit Personen, die auf den Wartelisten waren, Kontakt aufgenommen werden. Man soll gemeinsam mit ihnen die Wohnverhältnisse klären und die Situation betrachten. Man soll mit diesen Personen sprechen. Die SVP wird das Postulat unterstützen.

Monika Bättschmann (Grüne): Zuerst möchte ich mich für die ausführliche, differenzierte und sorgfältige Beantwortung der Interpellation bedanken. Dass Personen auf der aktuellen Warteliste oder ihre Angehörigen teilweise empört und irritiert auf die Ankündigung zum neuen System zur Bewirtschaftung der Warteliste reagiert haben, verstehen wir gut. Da aber der massive Überhang von Angemeldeten einem verhältnismässig kleinen Angebot von freien Alterswohnungen gegenübersteht, liegt es auf der Hand, dass es ein neues System braucht. Wie aus der Antwort hervorgeht, werden jährlich zwischen rund 130 bis 261 Alterswohnungen frei. Selbst nach Abzug der Abgänge von der Warteliste ist immer noch ein deutlicher Überhang an Anmeldungen gegenüber den freiwerdenden Wohnungen vorhanden. Diese müssen zwischen den dringlichen Anmeldungen, jenen, die SAW-intern zum Beispiel aufgrund von nötigen Sanierungen auf einer Liste stehen und weiteren bei der SAW angemeldeten Personen verteilt werden. Es liegt eine unlösbare Situation vor. Dass eine neue Lösung für die Angemeldeten gefunden werden muss, ist allen klar. Aus der Interpellationsantwort geht hervor, dass mit der Einführung des neuen Anmeldeprozesses flankierende Massnahmen angeboten werden. Dabei handelt es sich etwa um Beratungen von Personen, die aufgrund einer Wohnungskündi-



gung dringend auf eine SAW-Wohnung angewiesen sind oder Beratungen von Personen, die nicht in der Lage sind, sich via Internet anzumelden. Aber auch den angemeldeten Personen auf der Dringlichkeitsliste kann nicht garantiert werden, dass ein Umzug in eine SAW-Wohnung möglich ist. Die plötzliche Verschiebung des vorgesehenen Systemwechsels auf das Jahr 2024 stimmt mich ratlos. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ob das geplante System mit dem Zufallsgenerator das einzig richtige System ist, oder ob man andere Lösungen suchen muss. Es wird auch alte Menschen geben, die dieses System nicht bedienen können. Ich bin gespannt, ob eine andere Variante bevorzugt wird oder ob an dieser nun vorgesehenen Variante festgehalten wird. Das grosse Wunder, dass plötzlich genügend bezahlbare Wohnungen für alte Menschen vorhanden sind, wird jedenfalls auch bis ins Jahr 2024 nicht eintreten. Zum Postulat: Folgerichtig nimmt der Stadtrat das Postulat entgegen. Deshalb werden es auch die Grünen unterstützen.

Nicolas Cavalli (GLP): Während des Studiums habe ich in einem Restaurant gearbeitet. Der Kundenservice war dabei ein wichtiges Thema. Man musste die Gäste in einer angemessenen Zeit zum Platz bringen. Wenn das Restaurant voll war, gab es eine Warteliste. Wenn die Personen mehr als eine Stunde warten mussten, haben sie das Restaurant wieder verlassen. Man stelle sich vor, man hätte eine ellenlange Warteliste erstellt und den Personen suggeriert, dass sie bis nachts um 23 Uhr noch einen Tisch erhalten würden, hätte dann aber um 23 Uhr das Restaurant geschlossen. Das hätte für Tumulte gesorgt. Der Vergleich hinkt zugegebenermassen, aber das Problem bei der Diskussion sind die Wartelisten und die daraus entstehenden Erwartungshaltungen. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass es frustrierend ist, wenn man auf der Warteliste ist und nach zehn Jahren die Information über die Auflösung der Liste erhält. Es darf andererseits auch nicht möglich sein, dass man sich auf Vorrat auf eine solche Liste setzen lassen kann. Bei der Bereinigung der «Registriertenlisten» in den Jahren 2014 und 2018 wurden die betreffenden Personen zwar nach ihrer Umzugsbereitschaft abgefragt, wobei es sich aber eher um Symptombekämpfung als um eine effektive Lösung des Problems handelte. Die GLP ist sich einig, dass es mehr Alterswohnungen geben soll. Mit dem Beibehalten der Liste lösen wir das Problem nicht. Für uns ist deshalb der Entscheid, das System zu überdenken, absolut richtig. Wir haben heute ein siedlungs- und objekt-spezifisch orientiertes System. Dieses ist sehr eng gefasst. Es braucht in dieser Frage eine gewisse Flexibilität. Eine Veränderung des Systems fällt nicht allen Personen einfach, das ist klar. Die Unterstützung ist gewährleistet, die Übergangsphase wurde verlängert, um eine Lösung zu finden. Punkt 1 im Postulat ist somit eigentlich bereits umgesetzt. In dieser Debatte haben wir nun sehr viele negative Aspekte gehört. Die GLP möchte aber auch die Vorteile des neuen Systems unterstreichen: mehr Auswahl bei den Wohnungen, Transparenz, Chancengleichheit, Entlastung durch die Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA). Es wurde bereits mehrfach betont, dass Personen ohne Internet Unterstützung erhalten. Wir sind heute vor der Sitzung auf Seniorinnen und Senioren getroffen. Sie haben auf mich einen sehr rüstigen Eindruck gemacht. Seniorinnen und Senioren sind heute durchaus digital unterwegs. Das wird künftig noch zunehmen. Meine bald 89-jährige Grossmutter beispielsweise verschickt im Signal-Familienchat munter GIFs und Sprachnachrichten. Die SP und die AL sollten die Seniorinnen und Senioren



nicht unterschätzen. Zum Postulat: Die Forderung nach einer Verlängerung wurde bereits umgesetzt und ist somit erfüllt. Das grössere Problem sehen wir bei der zweiten Forderung bezüglich des kompletten Verzichts auf die Einführung des neuen Vermietungsprozesses. Für die GLP ist nicht klar, warum der Stadtrat das Postulat annimmt. Damit wird aus unserer Sicht ein falsches Signal gesendet. Das Überdenken des alten Systems wäre früher oder später ohnehin notwendig gewesen. Wir sind der Meinung, dass sich der Stadtrat hinter diese Ansicht stellen sollte. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass es bei den Alterszentren – ungefähr im Jahr 2014 – bei der Abschaffung der Liste auf Vorrat eine ähnliche Situation gab. Dies hatte ebenfalls zu Unruhe geführt, die aber rasch wieder verebbte. Heute sind wir uns einig, dass wir dort ein besseres System haben als zuvor. Auch im vorliegenden Fall wird es so sein.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Als ich erfahren habe, dass man mitten im Prozess die Regeln ändern will, hat mich fast der Schlag getroffen. Es ist ein absolutes «No-Go», dass man Personen auf eine Warteliste gesetzt hat, diese ihre Hoffnung in die Liste gesetzt haben und man dann die Liste einfach abschafft. Das ist respektlos den älteren Menschen gegenüber, die sehr viel zu unserem Wohlstand beigetragen haben, auch wenn sie mittlerweile möglicherweise wenig verdienen und nicht privilegiert sind. Es ist beinahe unglaublich, wie man beim Anmeldeprozess auf die Digitalisierung setzt. Viele Menschen beherrschen dies nicht. Auch Beratungen nützen dann nicht unbedingt viel. Man hat vor, mit einem Zufallsgenerator zu arbeiten. Dies erinnert mich an den Fall, als wir im Rat über eine Abschaffung von Ticketeria-Standorten des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV), von der auch eine Ticketeria in Schwamendingen betroffen gewesen wäre, gesprochen haben. Wir haben mit einem Postulat gefordert, dass die Abschaffung nicht stattfindet, gerade auch aus dem Grund, dass ältere Menschen nicht immer alles digital lösen oder an einen bestimmten Ort pilgern können, um das Anliegen vor Ort zu lösen. Das Postulat wurde überwiesen. Alle Parteien haben es unterstützt, mit Ausnahme der GLP. Diese argumentierte, man müsse nun mit der Digitalisierung leben und das Alte sterben lassen. Ich war schockiert über diese Haltung und habe mich gefragt, ob dies die Alterspolitik der GLP ist. Die älteren Menschen haben es bereits schwer genug. Sie sollten einigermassen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können und nicht Angst haben müssen, dass sie in die Abhängigkeit eines Zufallsgenerators geraten. Es kommt mir vor, als ob man sich hier – langfristig formuliert – aus der Verantwortung stehlen wollte. Eine Warteliste kann auch Sinn machen. Man kann die Fälle individuell beurteilen. Das ist manchmal schwierig. Als ich Präsident einer Baugenossenschaft war, lag es in meiner Verantwortung, wer eine Wohnung erhält und wer nicht. Ich arbeitete ebenfalls mit einer Warteliste. Bei vielen Fällen war es so, dass sie eine gute Wahl waren und jemandem aus der Not geholfen werden konnte. Das ist gut machbar, wenn man die Fälle individuell beurteilt. Ein Zufallsgenerator kann dies nicht. Ich bin über derartige Denkansätze entsetzt.*

Reto Brüesch (SVP): *Der Stadtrat lädt jeweils zu Medienkonferenzen ein, wenn ihm ein Thema wichtig ist. Die einschneidende Massnahme der Löschung von Wartelisten innerhalb kurzer Frist für 4000 angemeldete Senioren und Seniorinnen, die teilweise bereits seit 10 Jahren auf der Liste sind, gehört nicht dazu. Der Stiftungsrat unter der Führung*



von STR Andreas Hauri hat es nicht für nötig befunden, neben der Publikation der Pressemitteilung noch eine Medienkonferenz durchzuführen. Das neue System ist eine Alterslotterie. Ältere Personen müssen sich zuerst digital auf der Webseite der Stadt registrieren. Wenn es um eine Wohnung geht, müssen sie sich nochmals neu registrieren. Dann kommen sie in die erste Phase der Lotterie. Vielleicht erhalten sie dann den Zuschlag, dass sie eine Wohnung besichtigen können. Danach müssen sie sich nochmals bewerben, kommen vielleicht in eine Endauswahl und erst dann kommt es zu einem persönlichen Gespräch. Dieser Prozess ist für ältere Leute nicht würdig. Eine kleine Anekdote: Vor vielen Jahren war ich einmal mit meinem Sohn auf einem Spielplatz. Eine alte Frau sagte: Lassen sie ihn nur spielen, er wird es schon lernen, wenn er auf den Kopf fällt. Bei der aktuellen Situation mit diesem Geschäft fühle ich mich etwas an diesen Satz erinnert. Zuerst muss man sich offenbar den Kopf anschlagen, bevor man merkt, dass es um alte Leute geht. Die einen sind digital rüstig, die anderen nicht. Es ist richtig, dass man die gesamte Liste für die bereits eingeschriebenen Senioren bis ins Jahr 2024 verlängert. Aber es bringt nichts, die Liste für Neuinteressenten wieder einzuführen, wenn man bereits weiss, dass im Jahr 2024 eine Änderung kommen wird. Man muss das Bewerbungsverfahren anpassen. Eine digitale Lösung ist sicherlich ein Anreiz. Aber man sollte es nicht über ein Lotterieverfahren lösen.

Marion Schmid (SP): Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Wenn Elisabeth Schoch (FDP) unser Postulat genau gelesen hätte, hätte sie erkannt, dass wir nicht eine Weiterführung der Warteliste verlangen. Wir verlangen eine Sistierung, damit man danach eine bessere Lösung finden kann. Das Ziel ist nicht, dass man die Situation so lässt, wie sie ist. Aber die Strategie mit dem Zufallsgenerator ist tatsächlich nicht die beste Lösung. Sie ist nicht altersgerecht. Entweder sind die Leute selbstständig und können mit dem System gut umgehen, oder sie müssen so lange warten, bis sie in eine Wohnnotlage geraten, auf die Dringlichkeitsliste kommen und man dann vielleicht eine Lösung findet. Man kann sie auch unterstützen, aber wenn dies Woche für Woche immer wieder geschehen soll, kann das auch nicht die Lösung sein. Aus meiner Sicht ist es möglich, eine bessere, altersgerechtere Lösung für das System zu finden. Wenn das nicht möglich ist, sehe ich schwarz für die Alterspolitik und eine altersgerechte Stadt Zürich. Ich bin froh, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt und hoffe, dass er uns beweisen wird, dass es eine bessere Lösung gibt.

Walter Angst (AL): Es wird nun ein Prozess stattfinden mit einer Überprüfung, wie man die Änderung des Anmeldeverfahrens organisieren soll. STR Andreas Hauri hat dies den vor Ort protestierenden älteren Menschen heute Mittag vor der Sitzung versprochen. Wir müssen deshalb nicht mehr lange über diese Änderung sprechen. Es geht vielmehr darum, dass wir den anderen Aspekt betrachten, den auch die FDP angesprochen hat, nämlich, dass das Angebot an Wohnungen erweitert wird. Es hat mich schockiert, dass es die Aufhebung der Warteliste brauchte, damit man endlich über das Angebot der SAW diskutiert. In der Kommission wurde monatelang über die Altersstrategie diskutiert. Dem ging ein langer Prozess voraus. Niemand aber hat gefragt, welches das wichtigste Instrument ist, das die Stadt im Bereich Wohnen im Alter hat: die SAW. Man hat die Zah-



len nicht diskutiert und auch nicht, was der Bedarf wäre, oder dass es eine Notwendigkeit gibt, Menschen mit geringem Einkommen ein Angebot zur Verfügung zu stellen. Ich sehe diese Zahlen zum ersten Mal. Aus meiner Sicht ist es beängstigend, dass die Debatte nicht viel früher eingesetzt hat. Von daher hat die Abschaffung des bisherigen Systems auch etwas Positives. Ausserordentlich stossend ist aber, dass der Stadtrat bis nach der Verabschiedung der Altersstrategie gewartet hat, bevor er kommuniziert hat, dass eine grosse Änderung bei der SAW bevorsteht. Tatsache ist, dass sich seit dem Jahr 2011 einiges geändert hat. Bei städtischen Wohnsiedlungen wird ein bestimmter Anteil an Wohnungen an die SAW übergeben. Dieses Wachstum wird sich in den nächsten 5 bis 10 Jahren auswirken. Ebenfalls geändert hat sich, dass die Siedlungen im Rahmen der Netto-Null-Strategie zwingend erneuert werden müssen. Das bedeutet, dass in den nächsten Jahren zunächst sehr viele Wohnungen wegfallen und danach wieder etwas mehr Wohnungen vorhanden sein werden. In den Statistiken ist ersichtlich, dass es von heute 2000 Wohnungen bis im Jahr 2030 eine Erhöhung auf 2500–2600 Wohnungen geben wird. Der Stadtrat hat in der Netto-Null-Strategie nachgewiesen, dass bis ins Jahr 2040 ein grosser Teil der älteren Wohnungen saniert wird. Das sind Wohnungen, die durch eine grosse Anzahl von Menschen mit tiefem Einkommen bewohnt werden, die zwingend auf Alterswohnungen angewiesen sind. Ich gebe der FDP recht, dass es Kooperationen geben muss. Es kann nicht sein, dass man nur Angebote der SAW expandiert. Es muss eine Zusammenarbeit mit Privaten und mit Genossenschaften geben, damit wir irgendwann an den Punkt kommen, an dem wir älteren Leuten, die in einer Notlage sind und sich keine 2000 Franken teure 2,5-Zimmer-Wohnung leisten können, weil sie eine schlechte Altersvorsorge haben, die Möglichkeit geben können, in Ruhe und sicher wohnen zu können. Dies soll nicht erst vier Monate vor dem Verlust der Wohnung passieren. Das wäre nämlich die Regelung der neuen Dringlichkeitsliste. Bei der Notfallliste betrug dieser Zeitraum bisher ein Jahr. Nun sind es noch vier Monate. Man sagt, man würde diese Fälle begleiten und ein Vermietungsbüro betreiben. Wenn man so argumentiert, legt man keine Rechenschaft darüber ab, was es für ältere Leute bedeutet, wenn sie die Kündigung erhalten, drei bis vier Jahre warten müssen und nicht wissen, wohin sie umziehen können. Hier werden Lebenskrisen ausgelöst. Wir müssen dies mit einer höchsten Dringlichkeit angehen. Zu Beginn der Sitzung haben wir über Armut von Ausländerinnen und Ausländern gesprochen. Am Ende der Sitzung sprechen wir nun über die Nöte und Sorgen von älteren Menschen, die in Existenzängste geraten, wenn es um das Wohnen geht. Diese Sache müssen wir angehen. Wir müssen darüber diskutieren. Als ich gelesen habe, dass sich die Wohndelegation noch nie ernsthaft mit dem Thema der Nachfrage und des Angebots von Alterswohnungen auseinandergesetzt hat, wurde mir schlecht, da ich weiss, dass es Orte gibt, an denen Alterswohnungen in Studentenwohnungen umgewandelt werden – ohne Ersatzangebote. Das muss sich dringend ändern.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Ich bedanke mich für die Voten. Es wurden viele wichtige Punkte angesprochen. Zum Votum von Walter Angst (AL): So, wie er es heute präsentiert hat,



stimmt nicht alles, insbesondere was in der Altersstrategie deklariert und aufgezeigt wurde. Es war von Beginn an klar, dass mehr Wohnungen eine der wichtigsten Massnahmen der Altersstrategie sein werden. Wir arbeiten bereits daran, aber es braucht Zeit. Die SAW ist eine sehr wichtige Wohnbaustiftung in der Stadt Zürich mit 34 Siedlungen und 2000 Wohnungen. Alle Wohnungen liegen im preisgünstigen Bereich für Menschen im Seniorenalter, die ein tieferes Einkommen oder Vermögen haben. Die Menschen werden während dem Wohnen begleitet, betreut, gepflegt. Es ist ein derart grosses Erfolgskonzept, dass die Nachfrage viel grösser ist als das Angebot. Durch die Aufhebung der Warteliste haben wir nun zwei grosse Themen diskutiert, die teilweise auch vermischt wurden. Beim ersten Thema geht es darum, welches Vermietungsmodell das richtige ist. Das zweite Thema beinhaltet, wie, wann und wo wir zu zusätzlichen Wohnungen kommen. Zum Vermietungsmodell: Der Stiftungsrat hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was ein gerechtes Vermietungsmodell wäre. Die Warteliste wächst und wächst. Die Chancengleichheit, die wir im Stiftungsrat als oberstes Ziel gesetzt haben, ist mit der Warteliste in dieser Form nicht gegeben. Jene, die das System besser kennen, melden sich mit 60 Jahren an und haben dann vielleicht mit 70 Jahren eine Wohnung. Diejenigen, die es weniger gut kennen, aber teilweise dringender eine Wohnung bräuchten, haben dann fast keine Chance mehr. Bisher galt das Prinzip «First come, first served». Das ist nicht gerecht. Es hat keinen sozialen Mechanismus dahinter. Der Stiftungsrat möchte das Thema oder den Weg zu einer Wohnung nicht erschweren. Wir möchten den Weg flexibler gestalten und gleichzeitig die Chancengleichheit erhöhen. Flexibler gestalten bedeutet, dass jede Wohnung ausgeschrieben wird. Man kann konkret sehen, wo eine Wohnung frei ist und kann sich überlegen, ob es die richtige Wohnung für einen wäre. Die Art der Kommunikation war tatsächlich nicht perfekt. Das tut mir auch leid für jene Menschen, die wir damit verunsichert haben. Wir hätten es besser machen können. Deshalb haben wir korrigierend eingewirkt und die Übergangszeit um drei Jahre verlängert. Es war nun oft die Rede davon, dass eine Anmeldung nur noch digital möglich sei und nicht alle älteren Menschen wüssten, wie sie sich anmelden könnten. Selbstverständlich kann man sich auch offline anmelden. Wir haben dies möglicherweise zu wenig betont. Man kann durchaus anrufen, vor Ort gehen und sich dort anmelden. Man wird entsprechend unterstützt. Niemand wird allein gelassen, der sich im Internet nicht zurechtfindet oder keinen Internetzugang hat. Das ist ein wichtiger Punkt. Menschen in Wohnnotlagen wird besonders geholfen. Seit dem 1. Mai 2021 wurde das Beratungsangebot bei der Beratungsstelle WiA ausgebaut. Es handelt sich um eine intensive Beratung für Menschen, die sich aktuell oder in absehbarer Zeit in Wohnnotlagen befinden. Sie werden beraten und unterstützt, wie sie zu einer Wohnung kommen, sei dies bei der SAW oder bei einem anderen Anbieter. Das zweite Thema betrifft die fehlenden Wohnungen. Es ist tatsächlich so, dass wir zu wenig bezahlbaren Wohnraum für Seniorinnen und Senioren haben. Wir haben in der Altersstrategie festgehalten, dass es so rasch wie möglich ein grösseres Angebot an Wohnungen in der Stadt braucht. Das Ziel ist nicht einfach ein Ziel, das man in der Altersstrategie formuliert hat. Wir haben konkrete Projekte in der Interpellationsantwort aufgelistet. Ebenfalls haben wir rund zwanzig weitere Projekte, die entweder Ideen sind oder sich bereits in der Realisations- oder Entscheidungsphase befinden. Wir arbeiten intensiv an diesem Thema. Der Stif-



10 / 11

tungsrat nimmt das Thema sehr ernst. Wir suchen überall nach Möglichkeiten, nach Kooperationen mit Privaten, mit gemeinnützigen Trägern, mit Genossenschaften. Wir arbeiten auf allen Ebenen daran. Wir können aber nicht von heute auf morgen 1000 neue Wohnungen bereitstellen. Der Stiftungsrat hat die Feedbacks ernst genommen. Wir werden auch in der nächsten Sitzung weiter über das Thema sprechen. Wir möchten da sein für die älteren Menschen. Gemäss Altersstrategie möchten wir, dass alle alten und hochaltrigen Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status und unabhängig von ihrer gesundheitlichen Situation, in der Stadt bleiben können. Dafür unternehmen wir viel und werden auch künftig zusätzliche Massnahmen in die Wege leiten.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4240. 2021/271

Postulat der SP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 16.06.2021:

Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), Sistierung der Löschung der Warteliste und Verzicht auf die Einführung des neuen Vermietungsprozesses sowie rasche Erweiterung des Wohnungsangebots

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/209, Beschluss-Nr. 4239/2021.

Marion Schmid (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4086/2021).

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 7. Juli 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 77 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



11 / 11

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat